

Hinweise zum Ausfüllen des Antrags auf Leistungen für Bildung und Teilhabe für:**„Lernförderung“****1. Wer hat Anspruch?**

Schülerinnen und Schüler, die

- Wohngeld / Lastenzuschuss oder
- Kinderzuschlag oder
- Leistungen nach dem SGB XII oder
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten

UND

- das Erreichen der wesentlichen Lernziele (Versetzung) gefährdet ist und dies bei Erteilung von Lernförderung abgewendet werden kann und
- der Leistungsrückstand nicht auf unentschuldigte Fehlzeiten oder anhaltendes Fehlverhalten zurückzuführen ist und
- geeignete kostenfreie schulische Angebote zur Lernförderung nicht bestehen.

2. In welcher Höhe wird die Leistung gewährt?

Der Bedarf an Lernförderung wird vom Landratsamt individuell auf der Grundlage der Bescheinigung der Schule bzw. des Zwischenzeugnisses festgestellt.

3. Wie wird die Leistung gewährt?

Über die Gewährung der Leistung wird vom Landratsamt ein Bescheid an den Antragsteller, sowie in Abdruck an den Anbieter erteilt. Der Anbieter sendet die Rechnung an das Landratsamt. Dort wird der Betrag direkt an den Anbieter überwiesen.

4. Welche Unterlagen müssen eingereicht werden?

- Leistungsbescheid (für Wohngeld / Kinderzuschlag / Sozialhilfe / Asylbewerberleistungen)
- Angaben über den Anbieter der Lernförderung (Name, Adresse)
- Bestätigung der Schule, dass eine Lernförderung notwendig ist UND dass keine schulischen Angebote bestehen
- Notenübersicht oder Zwischenzeugnis

Weitere Informationen erhalten Sie hier:

Landratsamt Pfaffenhofen
Herrn Tim Gerhardt
Hauptplatz 22
85276 Pfaffenhofen

Telefon: 08441/27-354
Fax: 08441/27-13354
E-Mail: Tim.Gerhardt@landratsamt-paf.de
Zimmer-Nr.: F108 (1. Stock)

Informationen zur Datenerhebung nach Art. 13 DSGVO zu ihrem Antrag:

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist das Landratsamt Pfaffenhofen a.d.Ilm, Sachgebiet 20 - Soziales, Hauptplatz 22, 85276 Pfaffenhofen a.d. Ilm, Tel. 08441/27-0; Email: poststelle@landratsamt-paf.de.
2. Den Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter der Postanschrift Landratsamt Pfaffenhofen, Datenschutzbeauftragter, Hauptplatz 22, 85276 Pfaffenhofen a.d. Ilm, Tel. 08441/27-0 oder unter folgender E-Mail-Adresse: datenschutz@landratsamt-paf.de.
3. Das Landratsamt Pfaffenhofen, Sachgebiet Soziales, verarbeitet Daten zum Zwecke ihrer gesetzlichen Aufgabenerledigung nach den Sozialgesetzbüchern (SGB) und dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Es ist zur wirtschaftlichen Erbringung von Geld-, Sach- und Dienstleistungen verpflichtet. Dazu zählen beispielsweise Leistungen der Sozialhilfe nach dem SGB XII. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten auch bei der Durchführung von Erstattungsansprüchen anderer Sozialleistungsträger oder anderer Stellen oder der Bekämpfung von Leistungsmissbrauch verarbeitet.
4. Die Datenverarbeitung stützt sich insbesondere auf Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. §§ 67 ff SGB X, SGB XII sowie auf spezialgesetzliche Regelungen. Darüber hinaus ist gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat.
5. Die vorgenannten Datenkategorien können zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung je nach Bedarf an Dritte übermittelt werden wie beispielsweise:

Andere Sozialleistungsträger (z.B. Deutsche Rentenversicherung, Krankenversicherung), Finanzämter, Zollbehörden, Behörden der Gefahrenabwehr (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz) Gerichte, andere Dritte wie z.B. kommunale Ämter, KfZ-Zulassungsstelle, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesrechnungshof, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Vermieter (wenn an diesen direkt gezahlt wird), Energieversorger (wenn an diesen direkt gezahlt wird), Schuldnerberatung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), Suchtberatung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), psychosoziale Betreuung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), Schulen (nur mit Einwilligung des Betroffenen), etc.

6. Für Daten zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen, Geld- und Sachleistungen nach dem SGB XII besteht eine Speicherfrist von 10 Jahren nach Beendigung des Falles. Ein Fall ist in diesem Zusammenhang beendet, wenn die Hilfebedürftigkeit weggefallen ist oder aus anderen Gründen kein Anspruch mehr auf Leistungen besteht, es sei denn, Rechtsstreitigkeiten sind nicht abgeschlossen. Die Frist von 10 Jahren beruht auf der gesetzlichen Möglichkeit der Rückforderung von Leistungen, wenn in diesem Zeitraum bekannt wird, dass Leistungen zu Unrecht gewährt wurden.

Ist eine Forderung (Rückforderung / Erstattungsbescheid / Darlehen) noch offen, werden die Daten gemäß den Vorschriften der Zivilprozessordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches 30 Jahre lang aufbewahrt, weil erst dann die Ansprüche verjähren. Die Berechnung der Frist erfolgt je nach Vollstreckungsversuch.

7. Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

8. Wer Sozialleistungen (das sind Dienst-, Sach- und Geldleistungen) beantragt hat oder erhält, ist zur Mitwirkung verpflichtet. Das bedeutet, dass die betroffene Person alle leistungs-relevanten Tatsachen angeben muss, ebenso Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, die Auswirkungen auf die Leistungsgewährung haben können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen auch die Vorlage von entscheidungsrelevanten Unterlagen, die Zustimmung zur Auskunftseinholung bei Dritten, das persönliche Erscheinen beim zuständigen Leistungsträger sowie ggf. die Zustimmung zur Durchführung von ärztlichen oder psychologischen Untersuchungsmaßnahmen. Die Mitwirkungspflichten ergeben sich aus dem Sozialgesetzbuch. Dies bedeutet, dass die Leistungen bei fehlender Mitwirkung versagt oder entzogen werden können.